

# Leidensweg der Uiguren

Parteidoktrin, Wirtschaft, Seidenstrasse:

Warum Peking muslimische Minderheiten unterdrückt und umerziehen will.

Pierre Heumann

**A**ls Sayragul Sauytbay Mitte Dezember in der Schweiz war, erlebte sie eine bittere und gleichzeitig schmerzliche Enttäuschung. Sie hatte nicht erwartet, dass sie bei ihrem Gang durch die Berner Altstadt und die Zürcher City so viele Produkte mit dem Label «Made in China» sehen würde. «So unterstützt ihr die chinesische Wirtschaft», empört sie sich im Gespräch.

Als Angehörige einer Minderheit in der Provinz Xinjiang war die Ärztin und Lehrerin Opfer der brutalen chinesischen Gleichmachungsmaschinerie. Folter und Gehirnwäsche im Internierungslager gehörten dazu. In ihrem Buch «Die Kronzeugin» legt die Kasachin muslimischen Glaubens Zeugnis ab von den Qualen und Erniedrigungen. Weil ihr 2019 die Flucht in den Westen gelang, könne sie ohne Furcht vor Sanktionen über ihren Leidensweg sprechen und schreiben. Was sie durchgemacht habe, klinge unglaublich, und es übersteige die Vorstellungskraft der Menschen im Westen, sagt die 43-Jährige.

Sayragul Sauytbay hat mit ihrem Buch die Aufmerksamkeit im Westen auf das «Uiguren-Problem» gelenkt. Was steckt hinter der repressiven Politik Pekings im Westen des chinesischen Riesenreichs?

## 1 — Die Fakten

Die massiven Verletzungen der Menschenrechte im Westen Chinas sind solide dokumentiert. Mehr als eine Million Muslime – Uiguren, ethnische Kasachen und Kirgisen – werden seit März 2017 in Internierungslagern festgehalten, heisst es im Oktober in einem Bericht der Forschungsabteilung des US-Kongresses. Im Juli prangerte ein Report der US-Regierung die Praxis der Zwangsarbeit an, zudem die Überwachung von Minderheiten, die Verfolgung religiöser Minderheiten und die Zwangssterilisationen. In den Lagern werde versucht, die kulturelle und religiöse Identität der Minderheiten mit Zwangsmassnahmen auszulöschen, um sie dann mit der Ideologie der Kommunistischen Partei China (KPCh) zu indoktrinieren. Vor zwei Jahren hat Peking die Existenz der Lager offiziell bestätigt.



*Jenseits der menschlichen Vorstellungskraft: Autorin Sayragul Sauytbay.*

Zudem, klagten Menschenrechtsorganisationen an, lasse die Regierung «unzählige Menschen spurlos verschwinden».

Gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden hat die Partei eine Nulltoleranz. Wer die Allmacht der Partei nicht akzeptiert, den sieht die KPCh als Bedrohung an. Die Gefangenen in den Internierungslagern sollen verinnerlichen, dass jeder Widerstand gegen diese wirtschaftlich, politisch und militärisch weit überlegene Grossmacht zwecklos sei.

## 2 — Herausforderung Islam

Weil die meisten Muslime im Westen Chinas an ihrer Tradition und ihrem Glauben festhalten, befürchtet die Parteileitung, dass dadurch ihre Autorität in Frage gestellt wird. Der ungebrochene Wille der Uiguren, ihre eigene Identität zu leben, ist aus Sicht der Partei zudem ein Angriff auf die nationale Einheit, der abgewehrt werden muss.

Die Zentrale hatte bereits Ende der 1980er Jahre besorgt festgestellt, dass in mehreren Regionen der Provinz Xinjiang bis zu 80 Prozent der Parteimitglieder an religiösen Aktivitäten teilnahmen. Schlimmer noch für die KPCh: Einige Parteisekretäre wurden Imame. Muslimische Geistliche werden deshalb überprüft, ob sie gegenüber der Partei loyal sind. Viele Moscheen sind geschlossen. Man könne nicht auf zwei Hochzeiten tanzen, begründet das PR-Büro der KPCh deren Religionsverbot, das sie seit Jahren verstärkt durchsetzt.

Die Volksrepublik sieht Minderheiten als potenzielle Gefahr. Die Elite in Peking begrüsst folglich das Verschwinden von Kulturen und Sprachen als «natürlichen Prozess», den sie als Evolution unterstützt – und fördert.

Die KPCh will aus dem bunten Vielvölkerstaat mit den 55 anerkannten Ethnien einen chinesischen Einheitsstaat machen. Doch in Xinjiang stösst die Partei mit ihrem Zwang zur

Uniformität auf Widerstand. Xinjiang gehört seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zu China. Aber weder die Qing-Dynastie noch danach die Republik China haben das Gebiet und dessen Bevölkerung in den modernen Staat integriert. Erst in den 1990er Jahren begann sich die KPCh für die Provinz zu interessieren. Weil sie an der Grenze zur Sowjetunion lag, könnte eine gut funktionierende Infrastruktur Chinas Exportwirtschaft beflügeln, sagte man sich in Peking. Trotz gewaltiger Investitionen in die Region wollte die Bevölkerung in der Westprovinz indes nichts von Integration wissen und weigerte sich, sich mit der Vision des chinesischen Nationalstaates zu identifizieren.

### 3 — Kolonialisierung

Peking hat mit der Umsiedlung von Han-Chinesen aus den bevölkerungsreichen Zentren Ostchinas nach Xinjiang die Demografie zum Nachteil der Muslime verändert. In Xinjiang (Mandarin für «neue Grenze»), wo die Muslime bei der Machtergreifung der Partei mit 90 Prozent der Bevölkerung die Mehrheit stellten, sind sie jetzt in der Minderheit. «Das Gebiet wurde von Han-Chinesen kolonialisert», sagt Sean R. Roberts von der George Washington University, der im Sommer ein lesenswertes Buch über Chinas Krieg gegen die Uiguren veröffentlicht hat. Der Staat investierte zwar Milliarden in die rohstoffreiche Provinz, in der mehr als zwanzig Millionen Menschen leben und die vierzigmal grösser ist als die Schweiz. Aber die lukrativen Jobs waren in der Regel Han-Chinesen vorbehalten. Die Ankunft der neuen Top-Verdiener trieb die Lebenshaltungskosten in die Höhe. Viele Uiguren, die ohne Aufstiegschancen in traditionellen Bereichen arbeiteten, konnten nicht mithalten.

Doch beim Konflikt zwischen den Uiguren und der chinesischen Zentralmacht geht es nicht bloss um Religion, Kultur oder wirtschaftliche Ungleichheiten. Die Region

### *In Xinjiang stösst die Partei mit ihrem Zwang zur Uniformität auf Widerstand.*

Xinjiang ist das rohstoffreichste Gebiet Chinas. Ein Fünftel der chinesischen Öl- und Gasproduktion stammt aus der Nordwestprovinz. Und was an Energie aus Russland und Zentralasien kommt, fliesst durch Xinjiang.

### 4 — Unabhängigkeitsbewegung

Politische Bewegungen, die die Unabhängigkeit der Schatzkammer Chinas anstreben, erstickt Peking im Keim. Diese Angst war im Dezember 1991 besonders ausgeprägt, als die Sowjetunion implodierte. Erstens fürchtete die KPCh, dass auch die Volksrepublik auseinanderfallen

könnte. Zweitens bestand aus Sicht der Partei die Gefahr, dass die neuen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan, die nach dem Zerfall der UdSSR an der Grenze zu Xinjiang entstanden, bei den chinesischen Muslimen die Hoffnung auf Unabhängigkeit aufkeimen lasse. Deshalb verstärkte Peking die Kampagne zur Unterdrückung des uigurischen Nationalismus. Unter dem Verdacht «nationalistischer und religiöser Gefühle» werden Uiguren festgenommen.

Als es in den Jahren 2013 bis 2015 zu teils gewalttätigem Widerstand gegen die Kolonialisierung durch Han-Chinesen kam, reagierte



*Peking wittert Gefahr im Westen.*

der Staat mit harten Massnahmen. Er wollte den Widerstand in der Bevölkerung definitiv brechen, damit aus der rohstoffreichen Provinz ein integraler Teil Chinas werde.

### 5 — Seidenstrasse

Die Region an der Westgrenze ist für China aus strategischen Gründen wichtiger denn je.

Die «Belt and Road Initiative» (BRI), die «Neue Seidenstrasse», geht quer durch Xinjiang. Die KPCh sieht die Verbundenheit der Uiguren mit ihrem Land und ihrem Lebensstil als Risiko für eine erfolgreiche Realisierung der BRI, sagt China-Forscher Roberts. Um das Riesenprojekt nicht zu gefährden, wolle China den Widerstand der Uiguren gegen die Transformation ihrer Heimat brechen. In Umerziehungslagern wird den Gefangenen ein Loblied auf die «Neue Seidenstrasse» eingetrichtert: Dank diesem wirtschaftlichen und geopolitischen Mega-Projekt «können nicht nur unsere Waren transportiert werden, sondern auch die grossartige chinesische Politik», lautet die Botschaft.

### 6 — Staatliche Propaganda

Anfang Dezember wies die Parteileitung an einer Pressekonferenz, wie so oft zuvor, alle Vorwürfe zurück, gemäss denen in Xinjiang die Religionsfreiheit nicht garantiert sei. Auf die Frage eines anwesenden ZDF-Reporters sagte ein Sprecher, dass alle Bürger der Volksrepublik China Religionsfreiheit geniessen würden. Der Staat schütze «normale religiöse Aktivitäten». Niemand werde aufgrund seines Glaubens diskriminiert. Die Armutsquote in Xinjiang sei von 20 Prozent (2014) auf rund ein Prozent gesunken, schreibt Chinas Aussenministerium auf eine Anfrage der BBC. Die lachenden Gesichter aller ethnischen Gruppen in Xinjiang seien die kräftigste Antwort auf alle Anschuldigungen und Lügen des Westens.

Sayragul Sauytbay, Alexandra Cavellius:  
Die Kronzeugin. Europa. 352 S., Fr. 34.90

*«Heute dauert die Zukunft länger.»*

**Rolf Dörig**  
Verwaltungsratspräsident  
zum selbstbestimmten Leben